



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Klaus Adelt, Ruth Müller SPD**

Runder Tisch zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung – Keine Pensionärinnen und Pensionäre zurück an die bayerischen Schulen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Klärung der erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen einen Runden Tisch mit Gewerkschaften, Verbänden und der Personalvertretung einzuberufen und bis zur Lösung der Problematik fortzuführen.

Der aktuelle Versuch des zuständigen Staatsministeriums, pensionierte Lehrkräfte mittels eines Briefes zur Wiederaufnahme des Dienstes zu bewegen, ist faktisch ungeeignet, angesichts der Corona-Pandemie unverantwortlich und lässt sich mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber den Bediensteten nicht vereinbaren.

Begründung:

Ganz unabhängig von der aktuellen Corona-Krise, die schon jetzt ganz massive zusätzliche Anforderungen an die Lehrkräfte im Freistaat stellt, ist der Maßnahmenkatalog der Staatsregierung zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen von Anfang an nicht zu Problemlösung geeignet.

Mitten in der Krise infolge der Corona-Pandemie wendet sich nun das Staatsministerium für Unterricht und Kultusministerium (StMUK) an alle pensionierten Lehrkräfte, und will sie mit einem mehrseitigen Schreiben zur Wiederaufnahme des Dienstes an den Schulen bewegen, um nun mit dieser Maßnahme dem Lehrkräftemangel an den bayerischen Grund-, Mittel- und Förderschulen zu begegnen.

Was schon zu normalen Zeiten problematisch ist, ist dagegen in der Corona-Krise unmöglich. Hier wird die die Fürsorgepflicht des StMUK gegenüber den Bediensteten völlig außer Acht gelassen, dass Lehrkräfte, die aufgrund ihres Alters zu den Risikogruppen gehören, besonders geschützt werden müssen.

Wie schon das „Piazolo-Paket“, ist auch die neuerliche Maßnahme geradezu eine Zumutung für die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer. Bislang sind die Initiativen der Staatsregierung zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung ungerecht, dienstrechtlich zweifelhaft und dazu auch noch in ihrer Wirkung unzureichend.

Deswegen sollte die Idee eines Runden Tisches mit Gewerkschaften, Verbänden und der Personalvertretung aufgegriffen und zur Problemlösung genutzt werden.